

PRESSEMITTEILUNG

26.03.2015

STATISTISCHES BUNDESAMT BELEGT WEITERHIN ERHEBLICHE UNGLEICHGEWICHTE BEI DEN ÖFFENTLICHEN BILDUNGS AUSGABEN FÜR STAATLICHE UND FREIE SCHULEN

Mindestens 2.000 € bis 3.000 € geben das Land und die Kommunen jährlich weniger für jede(n) Schüler/in einer freien Schule aus als für eine(n) vergleichbare(n) Schüler/in einer staatlichen Schule in Sachsen-Anhalt. Dies bestätigten erneut die jüngsten vom Statistischen Bundesamt (DESTATIS) vorgelegten Zahlen zu den schülerbezogenen Bildungsausgaben im Bereich der staatlichen Schulen. Laut dem in der letzten Woche veröffentlichten DESTATIS-Bericht wurde von der öffentlichen Hand in Sachsen-Anhalt im Jahr 2012 durchschnittlich für jede(n) Schüler/in einer staatlichen allgemein- oder berufsbildenden Schule 7.400 € aufgebracht (s. PM DESTATIS 104/15 vom 19.03.15). Die den freien Schulen nach Ablauf einer dreijährigen Wartefrist erstmals gewährten Finanzhilfesätze je Schüler/in bewegten sich im Schuljahr 2012/13 zwischen maximal 4.400 € (Grundschule) und 5.900 € (Gymnasium, Kl. 11-12).

„Somit wird auch deutlich, warum die freien Schulen regelmäßig dazu gezwungen sind, Schulgelder zu erheben. Darauf würden die Schulen gern verzichten, wenn sie ebenso wie die staatlichen Schulen finanziert werden würden.“, so Jürgen Banse, Geschäftsführer des VDP Sachsen-Anhalt.

Nach Auffassung des Verbandes muss der Gesetzgeber in Sachsen-Anhalt zeitnah die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der freien Schulen in Sachsen-Anhalt verbessern, um das vorhandene Finanzierungs-Ungleichgewicht nicht weiter zu verschärfen. Ansonsten werde es für viele freie Schulen in Zeiten eines sich verschärfenden Lehrkräftemangels immer schwieriger, ihre Lehrkräfte vergleichbar wie das Land Sachsen-Anhalt zu bezahlen. „Auch aus einem der Landesregierung seit einem halben Jahr vorliegenden Rechtsgutachten eines namhaften Verfassungsrechtlers folgt, dass derzeit verschiedene schulgesetzliche Regelungen die freien Schulen in Sachsen-Anhalt verfassungswidrig benachteiligen. Darum muss der Landtag handeln, nach Möglichkeit noch in dieser Legislaturperiode!“, so nochmals Banse.

Der VDP Sachsen-Anhalt vertritt als anerkannter Berufsverband die Interessen von allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft sowie privaten Erwachsenenbildungsdienstleistern in Sachsen-Anhalt. Ihm gehören aktuell 77 Träger derartiger Bildungseinrichtungen mit mehr als 160 Niederlassungen an.

Für Rückfragen rufen Sie gern an:

Jürgen Banse, Geschäftsführer VDP Sachsen-Anhalt

Tel.: 0391/7319160

E-Mail: VDP.LSA@t-online.de

www.vdp-sachsen-anhalt.de